G 002
Lfd.-Nr. 1018

DGB-Bundesjugendausschuss

Frieden und Gerechtigkeit

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand

Finanzspekulationen beenden:

Der DGB-Bundesvorstand setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein, um die Vorreiterrolle Deutschlands zu unterstreichen, soll Deutschland vorher eine Börsenumsatzsteuer einführen. Neben der politischen Arbeit findet dies insbesondere durch Aktionen, Seminare und Aufklärung statt.

Der DGB-Bundesvorstand erarbeitet des Weiteren ein Konzept zur Ausgestaltung und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in Deutschland. In dem Konzept muss enthalten sein, dass die Steuer für alle in Deutschland lebenden und alle deutschen Staatsbürger, die im Ausland leben, gilt.

Gute Lebensmittel für alle:

Der DGB-Bundesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsgewerkschaften entschlossen hinter der Forderung stehen, Lebensmittel- und Agrarrohstoffspekulationen endlich zu unterbinden.

Die Verwendung von Ackerflächen als Grundlage für die Rohstofflieferung zur Kraftstoffgewinnung lehnen wir entschieden ab.

Des Weiteren setzt sich der DGB-Bundesvorstand für mehr Aufklärungsarbeit über die Herkunft unserer Lebensmittel und über die Arbeitsbedingungen der globalisierten Lebensmittelkonzerne und deren Zulieferern ein.

Wasser ist ein Menschenrecht:

Für jeden Menschen auf der Welt sollte ein freier Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Abwassersystemen bestehen. Wassersysteme dürfen nicht privatisiert werden. Deshalb fordert der DGB: Wasser ist ein Menschenrecht!

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg:

Der DGB setzt sich für ein Verbot aller rechten Parteien und Vereinigungen ein. Die Bundesregierung muss dazu aufgefordert werden, die finanziellen Mittel für Projekte gegen den Rechtsextremismus wieder zu bewilligen und die sogenannte Extremismusklausel aufzugeben.

Auch jegliche Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen, ob direkt oder indirekt wird vom DGB entschieden abgelehnt.

Soziale Gerechtigkeit jetzt:

Abschaffung Ehegattensplitting

Der DGB-Bundesvorstand setzt sich für eine Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Ehe – das sogenannte Ehegattensplitting – ein. Stattdessen soll die steuerliche Begünstigung von Familien gefördert werden. Als Familie im Sinne des Antrags gelten sowohl homosexuelle als auch heterosexuelle Partnerschaften mit Kindern sowie alleinerziehende Eltern.

Wohnraum als Menschenrecht

Um eine soziale Gerechtigkeit herzustellen, ist es auch notwendig, dass jeder Mensch in Deutschland einen Platz zum Leben hat. Daher setzt sich der DGB-Bundesvorstand dafür ein, dass Wohnraum ein Grundrecht wird. Als einen ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Mietobergrenze.

Begründung:

Die unbegrenzte Spekulation mit Kapital, nach der durch die Politik durchgesetzten neoliberalen Deregulierung der Finanzmärkte, war einer der Gründe für die anhaltende Finanzkrise.

Das Handelsvolumen von Derivaten, also Wetten auf die Kursentwicklung anderer Wertpapiere, von Währungen oder Rohstoffen war 2007 fünfzigmal höher als das Weltsozialprodukt, der Handel mit „normalen" Wertpapieren kam nur auf das 7,5fache. Das Volumen des Derivate-Marktes beträgt derzeit etwa 450 Billionen Dollar. Es gibt einen deutlich zu hohen Anteil von spekulativen Finanzgeschäften, die nicht der Absicherung von real-wirtschaftlichen Vorgängen dienen.
Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zieht die Verursacher der Finanzkrise zur Finanzierung der Folgen mit heran. Finanzströme würden transparent und Aktien, Rohstoffpreise und Wechselkurse stabilisiert, Spekulationsgeschäfte würden eingedämmt. Die Steuersätze könnten aufgrund der breiten Bemessungsgrundlage sehr niedrig sein, bei einem Steuersatz von nur 0,1 Prozent brächte sie in Europa einen Ertrag von 2,2 Prozent des BIP, eingerechnet des Rückgangs der Finanztransaktionen.
Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten die Vermögenden ihren Reichtum noch vergrößern. So stieg das Vermögen beim reichsten Zehntel der Bevölkerung im Zeitraum von 1999 bis 2009 um 16,6 Prozent, während im selben Zeitraum 50 Prozent kein Vermögen anhäufen konnten bzw. das ärmste Zehntel um 9,6 Prozent höher verschuldet ist, als dies 1999 noch der Fall war. Um dieser fatalen Entwicklung in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, muss der Reichtum in Deutschland besser verteilt werden.

Das Recht auf angemessene Ernährung, ist als Menschenrecht völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt). Dieses so existenzielle Recht wird aber durch die Machenschaften der Machthabenden an den Finanz- und Rohstoffmärkten konterkariert.
So war es die erste Handlung dieser Märkte, nachdem die Immobilienblase in den USA geplatzt war, auf Rohstoffe zu wetten. Diese Wetten führten daraufhin in großen Teilen Südamerikas und Afrikas zu unglaublichen Erhöhungen der Lebensmittelpreise. Diese Erhöhungen führten zu viel Hunger, Krankheit und Tod. Durch diese Handlungen im Jahr 2008 haben die Spekulanten mehr Menschen getötet, als so mancher Diktator.
Nach Berechnungen des US-Landwirtschaftsministeriums verarbeitete die dortige Industrie in 2010 erstmals mehr Mais zu Bioethanol als Landwirte zum Verfüttern an ihr Vieh verwendeten. Die USA ist auch der größte Maisproduzent der Welt. Auch der in Europa verwendete Bioäthanolzusatz kommt ne-

ben heimischer Produktion von Ölpalmen und anderen Energiepflanzen aus Afrika und Asien.
Ob Anbauflächen für Energiepflanzen selbst in natürliche Ökosysteme vordringen oder andere Felder dorthin verdrängen, ist nicht maßgeblich. Die Natur leidet auf jeden Fall daran, dass viele Energiepflanzen als Monokulturen angebaut werden. Dadurch wird die Artenvielfalt reduziert, werden Böden zerstört und Pflanzen werden anfälliger für Schädlinge. Als Folge setzen die Landwirte oft übermäßig viel künstlichen Dünger und Pestizide ein.
Wenn über viele Jahre hinweg immer dieselben Pflanzen angebaut werden, laugt dies die Ackerböden immer stärker aus. Als Folge davon muss noch stärker gedüngt werden. Kunstdünger wird aber aus Erdöl und Erdgas hergestellt, wodurch der Effekt, diese fossilen Brennstoffe einzusparen, in Frage gestellt wird.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, so zeigt die Mordserie der sogenannten „Zwickauer Terrorzelle", welche Gefahr von den Rechten ausgeht. Dass nicht nur der Personenkreis rund um die NSU eine Gefahr für Leib und Leben darstellt, wird auch dadurch belegt, dass in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1990 – 2011 mindestens 181 Todesopfer durch rechte Gewalt zu beklagen sind. Daher braucht es auch ein Verbot dieser Organisationen, damit Parteien wie die NPD keine Gelder vom Steuerzahler erhalten können. Ein Verbot dieser Organisationen wird auf keinen Fall dazu führen, dass die Gefahr und Gewalt von Rechts damit aufhört, aber es wird helfen, die Finanzierung rechter Aktivitäten zu behindern bzw. zu erschweren.
Die Bundesregierung hat mit ihrer Haushaltsplanung für 2013 zahlreichen vorher zugesagten Projekten gegen den Rechtsextremismus im Volumen von 29 Millionen Euro die Mittel wieder entzogen. Solch ein Verhalten ist keineswegs zu tolerieren.